



Zürcher Unterländer / Neues Bülacher Tagblatt  
8180 Bülach  
044/ 854 82 82  
www.zuonline.ch

Medienart: Print  
Medientyp: Tages- und Wochenpresse  
Auflage: 18'112  
Erscheinungsweise: 6x wöchentlich

Themen-Nr.: 999.003  
Abo-Nr.: 1063000  
Seite: 1  
Fläche: 23'843 mm<sup>2</sup>

# Volk soll bei Pisten letztes Wort haben

**FLUGHAFEN Der Regierungsrat beantragt dem Kantonsrat, der Initiative «Pistenveränderungen vors Volk» zuzustimmen. Im Unterland überlegen sich Gegner der Initiative, ob sich ein Abstimmungskampf überhaupt noch lohnen würde.**

Die Volksinitiative «Pistenveränderung vors Volk» erhält Unterstützung vom Zürcher Regierungsrat. Dieser erklärte gestern in einer Mitteilung, dass er dem Kantonsrat beantrage, der Initiative zuzustimmen. Die vorgeschlagene Gesetzesänderung zur Ausdehnung der Mitspracherechte des Volkes sei sinnvoll und verhältnismässig. Die Initiative sieht vor, dass die Zürcher Stimmbürger bei einer allfälligen Veränderung des Pistensystems am Flughafen in jedem Fall das letzte Wort haben. Aktuell kann nur ein Referendum ergriffen werden, wenn der Kantonsrat einem Pistenprojekt zustimmt. Lehnt der Kantonsrat hingegen eine Veränderung der Pisten ab, kommt es bisher nicht zu einer Abstimmung.

Falls auch der Kantonsrat die Initiative annimmt und sich nicht mindestens 45 Räte dagegen aussprechen, könnte gegen die vorgeschlagene Gesetzesänderung nur noch das fakultative Referendum ergriffen werden.

Die Initianten vom Komitee Pro Flughafen freut die Zustimmung des Regierungsrats. «Das ist ein Etappensieg. Dass der Regierungsrat der Bevölkerung im Falle einer

Abstimmung über die Initiative ein Ja empfehlen wird, ist ein wichtiges Signal», sagt Christian Bretscher, Geschäftsführer von Pro Flughafen.

## **Vielleicht kommt es gar nicht zu einer Abstimmung**

Bei den Gegnern der Initiative ist man über den Entscheid des Regierungsrats wenig überrascht. «Der Regierungsrat war schon immer für eine Pistenverlängerung und wollte einen möglichen Ausbau der Pisten auch im Richtplan eintragen. Dies hat der Kantonsrat aber gestrichen. Ich wäre daher überrascht gewesen, hätte der Regierungsrat für die Initiative nun nicht die Zustimmung beantragt», sagt Hanspeter Lienhart (SP), Präsident der IG-Nord.

Auch für Thomas Hardegger (SP), Präsident des Schutzverbands der Bevölkerung um den Flughafen Zürich (SBFZ), kommt der Entscheid nicht aus heiterem Himmel: «Dass die Regierung, die immer schon gesagt hat, dass die Option Pistenverlängerung offen bleiben muss, die Initiative unterstützt, ist nachvollziehbar.» Für Hardegger ist die Initiative aber nach wie vor unnötig. «Im Kan-

tonsrat sitzen gewählte Vertreter der Bevölkerung. Scheitert ein Projekt in diesem Gremium, muss etwas damit nicht in Ordnung sein. Es stellt sich zudem die Frage, wieso ausgerechnet bei Pistenveränderungen ein Sonderrecht greifen soll. Bei anderen ablehnenden Entscheiden des Kantonsrats – wie etwa zu Spitälern oder Asylunterkünften – gibt es ja auch keine Möglichkeit, dass die Bevölkerung diese noch überstimmt.»

Geärgert über den Entscheid hat sich Robert Brunner (Grüne), der im Kantonsrat teil der Kommission für Energie, Verkehr und Umwelt ist: «Der Regierungsrat ist offensichtlich gerne dazu bereit, bei einem Entscheid wie dem Richtplaneintrag zum Ausbau von Pisten, der beim Kantonsrat abgeblitzt ist, die Spielregeln zu ändern.» Dennoch müsse man sich nun gut überlegen, ob man überhaupt einen Abstimmungskampf ausfechten wolle. «Aus Unterländer Sicht würde ich zwar sagen «Auf sie mit Gebrüll!». Aber kantonal gesehen geht es bei der Initiative um ein demokratiepolitisches Argument.» Ähnlich sieht es auch Hardegger: «Wichtig wird der Abstimmungskampf dann, wenn ein konkretes Projekt vorliegt. Bei der Initiative wäre es wohl besser, wenn es gar nicht zu einer Abstimmung kommt.»

*Manuel Navarro*